

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 9-10

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Gewerkschaften hingewiesen. Auf Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes fand in der zweiten Augusthälfte in London eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern aus Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Österreich und der Schweiz statt, die in einer Erklärung zum Stockholmer Plan für eine kleine Freihandelszone Stellung nahm. Das Projekt wird begrüßt, aber gleichzeitig verlangt, daß den Problemen der Vollbeschäftigung, der Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer, der Mitwirkung der Gewerkschaften in den Institutionen der Freihandelsassoziation größte Beachtung geschenkt werden muß. Wörtlich heißt es in der Erklärung: «Die Gewerkschaften messen den im Stockholmer Entwurf enthaltenen Hinweisen auf Vollbeschäftigung, eine gesteigerte Produktivität und die rationelle Verwendung des wirtschaftlichen Potentials der beteiligten Länder größte Bedeutung bei und unterstützen die Erklärung, daß innerhalb der Zone sowie in jedem einzelnen Mitgliedstaat eine ständige und beständige Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit angestrebt werden müsse. Sie sind der Auffassung, daß die Konvention die Regierung jedes beteiligten Landes verpflichten sollte, die Ziele ihrer Vollbeschäftigungspolitik zu umschreiben und alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um eine ausgewogene Verteilung der wirtschaftlichen Tätigkeit herbeizuführen.»

B. H.

Blick in die Zeitschriften

Die grundlegenden Referate, die Heinrich Gutermuth und Fritz Dahlmann auf der Essener Revierkonferenz am 5. August 1959 vor 2500 Betriebsräten und Funktionären der IG Bergbau zur Krise im Kohlenbergbau gehalten haben, sind im Wortlaut in Nr. 9 der Monatsschrift «Bergbau und Wirtschaft» nachzulesen.

«Die Zukunft» (Wien) bringt in Heft 8 mehrere besonders lesenswerte Beiträge: Das Referat, das Hendrik Vos, der stellvertretende Vorsitzende der holländischen Arbeiterpartei, auf dem Hamburger Kongreß der Sozialistischen Internationale im Juli 1959 über das Problem der unterentwickelten Gebiete gehalten hat, ferner eine Untersuchung von Angelica Balabanoff über den Stand der sozialistischen Bewegung in Italien; weiter schreibt Georg Scheuer über «Sozialistische Lenin-Kritik» und unser Mitarbeiter J. W. Brügel über «Dollfuß und die Austronazi».

Die Zeitschrift «Soziale Welt» bringt in Heft 2 ihres 10. Jahrganges zwei Untersuchungen zum Angestelltenproblem: «Soziologie der Angestellten – hinter der Zeit zurück?» von Ernst August Jüres und «Zur Geschichte der Angestelltenverbände 1774 bis 1914» von Curt Hennig. Im gleichen Heft interessieren: «Optimismus und Pessimismus in den Sozialwissenschaften» (Leopold v. Wiese), «Der Dienst der Kirche in der industriellen Gesellschaft» (Hans Thimme), «Der Clochard – Betrachtungen zum Typ eines Vagabunden unserer Zeit» (Raymund Krisam) und «Erwachsenen- und Arbeiterfortbildung in England» (Paul Wohlfahrth).

Die erziehungswissenschaftliche Zeitschrift «Die deutsche Schule» (Hermann-Schroedel-Verlag, Darmstadt) hat ihr Heft 7/8 einer Diskussion des deutschen Rahmenplans zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schul-

wesens gewidmet. Besonders beachtenswert sind die «Gedanken eines Schulpolitikers» aus der Feder von *Karl Bungardt*.

«Dokumente», eine in Köln erscheinende «Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit», bringt in Heft 4 eine reich dokumentierte Arbeit von *Emile Rideau* über das Thema «Übervölkerung und Hunger in der Welt». Der Autor, der die Verhältnisse in den Entwicklungsländern, die Möglichkeiten der Hilfe und das Problem der Geburtenbeschränkung vom christlichen Standpunkt aus wertet, konstatiert eindrücklich: «Die Menschheit befindet sich heute in einer dramatischen Situation. Es geht um nichts Geringeres als um ihre Zukunft oder ihren Untergang. So wie bisher kann es nicht mehr lange weitergehen, sonst droht uns allen die Katastrophe... Die unmittelbarste Pflicht der Christen ist und bleibt der Kampf gegen den Wahnsinn des Rüstungswettlaufs. Sie müssen erreichen, daß wenigstens ein Teil der Militärausgaben auf die Hilfsprogramme für Entwicklungsländer übertragen wird – ohne irgendeine Gegenleistung. Und schließlich mögen in tatkräftigem Dienst an den jungen Völkern christliche Ingenieure und Ärzte, Sozialwissenschaftler und Politiker ein wirksames, lebendiges Zeugnis christlicher Nächstenliebe liefern.»

Das Septemberheft der Monatsschrift «Außenpolitik» (Stuttgart) ist besonders reich an interessanten Analysen. So finden wir dort Aufsätze über «Außenhandel und Expansionsdrang des COMECON» und über «Die ECAFE im Spannungsfeld Asiens» (die ECAFE-Organisation ist eine Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten); weiterhin Aufsätze über «Das amerikanische Bild der deutschen Geschichte» und «Das sowjetische Bild der deutschen Geschichte» sowie sehr instruktive Länderberichte über Marokko und Polen.

Besonders reichhaltig ist das Doppelheft 8/9 der vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der westdeutschen Gewerkschaften in Köln herausgegebenen «WWI-Mitteilungen». Man findet dort Arbeiten über die Kohlenkrise im Bereich der Montanunion, die betriebliche Konzentration in der westdeutschen Industrie, Strukturwandlungen in der westdeutschen Einfuhr, die Entwicklung von Arbeitszeit und Produktion in verschiedenen westdeutschen Industriezweigen und anderes. Im einleitenden Aufsatz analysiert Prof. Dr. *Bruno Gleitze*, der Leiter des WWI, unter dem Titel «Starke Produktivitätssteigerungen tragen den neuen Konjunkturaufschwung» die Konjunkturlage im dritten Quartal 1959, wobei er konstatiert, daß die wieder anlaufende Hochkonjunktur einerseits und die strukturelle Anpassungskrise des Kohlenbergbaues sowie die übersteigerten Anforderungen des Baumarktes anderseits die Spannungen in der westdeutschen Wirtschaft noch verstärken.

Die von Martin Hürlimann herausgegebene Zeitschrift «Atlantis» hat ihr – wie immer reich und vorbildlich illustriert – Septemberheft einem kulturhistorisch und volkswirtschaftlich hochinteressanten Thema gewidmet: Das Geld im Wandel der Zeiten. Den grundlegenden Aufsatz verfaßte Prof. Dr. *A. Amonn*.

*

Bruno Muralt veröffentlicht in der von ihm redigierten, vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Monatsschrift «Gewerkschafts-Jugend» (Nr. 9) einen Aufsatz über die bisherigen Erfahrungen mit dem Regime de Gaulles. Muralt stellt fest, daß Frankreichs große Sorgen geblieben sind und daß de Gaulle schweigt: «Er hat die Karten noch nie auf den Tisch gelegt und seinen Mitbürgern offen gesagt, wie die Dinge in Frankreich und Algerien liegen. So schweigen auch die Franzosen, mit wenigen Ausnahmen. Ihr Führer scheint ihrer Hilfe ja nicht zu bedürfen. Es ist ein bedrückendes Schweigen. Man hat den Eindruck, ein ganzes Volk sehe wie gelähmt zu, wie man seine Jugend an die Schlachtkbank führt und sein Land ruiniert. Darüber hinaus bringt Frankreich uns alle in Gefahr. Seine Politik hilft mit, den Haß gegen den

weißen Mann bei den Völkern Afrikas und Asiens immer unheilvoller zu vertiefen. Und indem es sich selber schwächt, schwächt Frankreich auch Europa. Es ist daher auch unsinnig, wenn gewisse französische Politiker immer wieder behaupten, das Algerienproblem sei eine Angelegenheit, die nur Frankreich allein angehe.

Wir wissen nicht, wie die Dinge in Frankreich enden werden. Wir fürchten, nicht gut. Das kann uns nur schmerzen, nicht zuletzt weil es tausend Gründe gibt, die uns Frankreich und das französische Volk lieben lassen – trotz allem. Aber für uns alle ist das, was in Frankreich geschehen ist und weiter geschieht, auch eine Lehre. Es zeigt uns, wie dumm und gefährlich es ist, wenn ein ganzes Volk sozusagen freiwillig abdankt und es einem ‚starken Mann‘ überläßt, seine Geschicke zu bestimmen. Zuletzt wird dieses Volk sich doch noch rühren müssen, wenn es nicht mit geschlossenen Augen in den Abgrund schlittern will.»

*

Dr. Hans Steinitz, der seit zwölf Jahren als Korrespondent großer Schweizer und deutscher Zeitungen in Neuyork lebt und dessen Berichterstattung sich durch besonders gewissenhafte Urteile und Prognosen auszeichnet, hat im Berner «Bund» (Nr. 369) einen aufsehenerregenden Leitartikel veröffentlicht. Wir wollen diese Analyse der amerikanisch-deutschen Beziehungen hier in ihren wichtigsten Teilen wörtlich wiedergeben:

«Zur gleichen Zeit, da Eisenhower in Bonn erschien, um mit Adenauer die Voraussetzungen zu seinem Dialog mit Chruschtschew zu besprechen, erhielt der Schreiber dieser Zeilen aus zuverlässiger und gewöhnlich sehr gut informierter Quelle in Washington Mitteilung über eine plötzliche Abkühlung der bisher so tadellosen amerikanisch-deutschen Beziehungen. Obwohl diese Mitteilungen im Widerspruch zu den Freundschaftsbekundungen in Bonn stehen und obwohl sie wahrscheinlich von amtlichen Stellen dementiert werden dürften, sollen sie hier doch sachlich und leidenschaftslos dargelegt werden, zumal da sie mit Erscheinungen übereinstimmen, die sich umrißmäßig schon seit einigen Wochen abzeichneten.

Die Krise in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Deutschen Bundesrepublik hat zwei verschiedene Brennpunkte: einmal England und dann die östlichen Satellitenländer, vor allem Polen. Beide Ansatzpunkte sind schon seit einiger Zeit vorhanden, und das zu unterstreichen ist wichtig. Sie gehen nämlich bereits auf die Zeit zurück, da Dulles noch amerikanischer Außenminister war; man kann also nicht sagen, daß Herter die Krise heraufbeschworen habe. Wohl aber ist richtig, daß das Staatsdepartement sehr wenig erbaut ist von dem Stand der deutschen Beziehungen zu England.

Aber während man darin nur eine gleichsam stilistische Unschönheit innerhalb der westlichen Alliiertengruppe zu sehen braucht, ist das andere Krisenzentrum, die Frage der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Satellitenstaaten, ernster zu nehmen. Washington hat für den formaljuristischen Standpunkt, keine diplomatischen Beziehungen zu Ländern zu unterhalten, die die ostdeutsche Regierung, DDR, anerkennen, nie sehr viel übrig gehabt und seine Anwendung gegenüber Jugoslawien seinerzeit mißbilligt. Unabhängig aber von diesem älteren und gleichsam prinzipiellen Kopfschütteln hat das amerikanische Staatsdepartement diesen ganzen Sommer hindurch in Bonn stets eine Öffnung nach Osten befürwortet. In erster Linie gilt das für Polen. Der Plan eines Nichtangriffspaktes mit Polen fand in Washington völlige Zustimmung; daß die Bundesregierung ihn wieder fallen ließ, wird als erhebliches Fehlmanöver angesehen.

Dies gilt erst recht seit der Rückkehr Nixons aus Warschau. Der Vizepräsident hat mit seinen Berichten starken Eindruck gemacht. Nixon gab ein gomulkafreundlich gefärbtes Bild und ließ zum mindesten durchblicken, daß man für die polnische Reserviertheit gegenüber der Bundesrepublik und ihrem Wiedervereinigungsziel etwas Verständnis aufbringen müßte. Es kann zwar nicht mit Bestimmtheit versichert werden,

läßt sich aber durchaus denken, daß die jetzt in Washington zirkulierende These, man solle auf die Wiedervereinigungsparole vorderhand verzichten, weil der Status quo das Beste sei, was sich augenblicklich denken ließe, auf die Reiseindrücke Nixons zurückgeht.

Was wird das alles praktisch bedeuten? Zwei Dinge stehen offenbar bevor: einmal eine vermehrte Unabhängigkeit der amerikanischen Europapolitik von den Wünschen und Warnungen Adenauers, und zweitens ein Abklingen oder eine Dämpfung der amerikanischen Forderungen nach Wiedervereinigung. Amerika wünscht, darüber besteht kein Zweifel, die Bundesrepublik zu schützen und zu stützen; es wünscht sie sich als Freund und Verbündeten, es befürwortet weiterhin die westliche Integration und den einheitlichen Markt, und es wird vor allem auch weiterhin treu zu Berlin stehen. Aber Vorstöße über den Status quo hinaus und aktive Beihilfe zu einer wie auch immer konzipierten Wiedervereinigung wird man von Washington fortan weniger als bisher erwarten dürfen. Und im Fall von Reibungen zwischen Bonn und London werden die amerikanischen Sympathien künftig nicht mehr vorwiegend durch den deutschen Bundeskanzler beeinflußt werden können.»

Walter Fabian

GEDANKEN UND SPLITTER

In der Augustnummer der «Socialist Commentary» macht die Herausgeberin dieser wie immer vorzüglichen sozialistischen Monatsschrift, Dr. Rita Hinden, auf eine Liste von Problemen der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder aufmerksam, die vom ehemaligen indischen Gesandten in Paris, Sardar K. M. Panikkar, aufgestellt wurde:

1. Das Problem der politischen Struktur – wie kann die Demokratie in diesen Gebieten Fuß fassen?
2. Das Problem der Verwaltung – wo kann das geschulte Personal für die vielfältigen Verwaltungsaufgaben eines modernen Staates gefunden werden?
3. Das wirtschaftliche Problem – wie kann die koloniale Wirtschaft, die an die Interessen der Metropole gebunden war, durch eine gesunde, eigenständige Wirtschaft ersetzt und die Produktion zum Zwecke einer Hebung des Lebensstandards gesteigert werden?
4. Das Erziehungsproblem – umfassende Primarschulbildung als Basis der Demokratie; höhere Bildung, um mit den Problemen der Verwaltung fertig zu werden; wissenschaftliche Bildung, um mit der Entwicklung der modernen Welt Schritt zu halten. Wird es möglich sein, all das auf einmal zu erreichen?
5. Das Problem der Wissenschaft – kann eine junge Nation, ein neuer Staat, der erst am Anfang der industriellen Entwicklung steht, mit der wissenschaftlichen und technischen Revolution Schritt halten?
6. Das soziale Problem – können die religiösen und sozialen Institutionen und Traditionen, die zum Teil ein Hemmnis für die Entwicklung dieser wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder darstellen, den neuen Erfordernissen angepaßt werden?